

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Landtag stellte sich positiv zur Landwirtschaftszone

Eingehende zustimmende Beratung der Vorlage zur Schaffung einer landesweiten Landwirtschaftszone

(G.M.) – Die Erhaltung der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche sowie die Sicherung der Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln als die beiden Hauptziele der Vorlage zur Schaffung einer landesweiten Landwirtschaftszone überzeugten auch den Landtag. Alle Abgeordneten aus beiden Fraktionen, die sich bei der Eintretensdebatte zu Worte meldeten, sprachen sich – wenn auch einzelne Anregungen gemacht und Fragen gestellt wurden – für Eintreten auf die Vorlage aus. Zu dieser Haltung haben zweifellos auch die fundierten Grundlagenberichte beigetragen, die das Ressort Landwirtschaft unter der Leitung von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille in den letzten Monaten veröffentlichte.

Für die FBP-Fraktion gab Fraktions-sprecher Dr. Alois Ospelt eine Erklärung zur Schaffung der Landwirtschaftszone ab, in der er unterstrich, dass die FBP-Fraktion in der Sicherung einer landwirtschaftlichen Nutzfläche eine «vordringliche staatliche Aufgabe» sehe. Die Gesamtfläche der gesetzlich zu verankernden Landwirtschaftszonen betrachtet die FBP-Fraktion nach seinen Worten als «absolutes Minimum», was im Interesse der langfristigen Zielsetzungen für den Staat im allgemeinen und für die Landwirtschaft im besonderen geschützt werden müsse. In Anbetracht einer sorgfältigen Güterabwägung erachte die FBP-Fraktion den vorgeschlagenen Weg zur Zonierung im übergeordneten Interesse grundsätzlich als vertretbar und richtig.

### Existenz- und Zukunftssicherung

Diese Stellungnahme deckt sich mit den Zielsetzungen der Motion zum Schutz der landwirtschaftlichen Nutzflächen, die von der FBP-Fraktion 1987 im Landtag eingebracht worden war. Die Motion, die den Auslöser für die heutige Gesetzesvorlage darstellte, wurde damals folgendermassen begründet: «Die Schaffung und der langfristige Schutz einer Landwirtschaftszone ist für die Zukunft unseres Landes lebenswichtig. Die Existenzsicherung der landwirtschaftlichen Betriebe und die Erhaltung der vielfältigen, gewachsenen Kulturlandschaft kann nur durch den gesetzlichen Schutz der noch vorhandenen Landwirtschaftsflächen gewährleistet werden.»

### Kritische Auseinandersetzung

Die Eintretensdebatte für die Vorlage

## Marcos Tod und FL-Stiftungen

Bern (AP) Im Zusammenhang mit den in der Schweiz vermuteten Vermögenswerten des am Donnerstag verstorbenen philippinischen Ex-Diktators Ferdinand Marcos hat die Zürcher Bezirksanwaltschaft nun in fünf Fällen die Herausgabe der Akten verfügt. Einer dieser Fälle betrifft die Familie Marcos direkt, wie EJPD-Sprecher Jörg Kistler der AP erklärte. In vier weiteren Fällen sind liechtensteinische Stiftungen betroffen, die dem Marcos-Clan zugerechnet werden. Gegen den Entscheid kann innert 20 Tagen Beschwerde eingereicht werden.

Der Entscheid der Zürcher Bezirksanwaltschaft ist nach Angaben des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) vom vergangenen Dienstag. Im Kanton Zürich wird der grösste Teil des Marcos-Vermögens in der Schweiz vermutet. Die Zürcher Kantonsregierung geht davon aus, dass in Zürich mehrere hundert Millionen Dollar blockiert sind.

Das Verfahren ist sehr kompliziert, da zahlreiche juristische Personen, die wahrscheinlich von der Marcos-Familie kontrolliert werden, vom Verfahren betroffen sind. Diese juristischen Personen können unabhängig voneinander Rechtsmittel ergreifen.

(Mehr zum Tod von Ex-Diktator Marcos auf der letzten Seite).

war gekennzeichnet durch Zustimmung zu dieser Zielsetzung auf der einen Seite, andererseits durch einige kritische Äusserungen gegenüber der Vorlage sowie zur Bodenpolitik in unserem Land ganz generell. Der VU-Abgeordnete Günther Wohlwend meinte, in der Gesetzesvorlage werde der Eindruck erweckt, als ob bisher keine Raumplanung gemacht worden wäre. Den Vergleich mit der Waldordnung erachtete er als nicht statthaft, weil die Waldgrenze bei der Schaffung der Waldordnung vorhanden war. Nach seiner Auffassung muss die Bodenpreis-Entwicklung genau im Auge behalten werden, damit nicht in relativ kurzer Zeit bereits Vorwürfe auf die Verantwortlichen herangetragen werden.

Der VU-Abgeordnete Oswald Kranz sprach von der «Landwirtschaft in Bedrängnis» mit massiven Flächenverlusten in den letzten Jahrzehnten. Er signalisierte Verständnis für die ablehnende Haltung der Gemeinde und für das Anliegen der Gemeindeautonomie. Der stellvertretende VU-Abgeordnete Xaver Schädler bemerkte, jede Zonierung bringe Einschränkungen mit sich, doch befürwortete auch er Eintreten auf die Regierungsvorlage. Einen ganz anderen Gesichtspunkt brachte der VU-Abgeordnete Patrick Hilti in die Diskussion: Auch auf anderen Gebieten sei Liechtenstein nicht Selbstversorger, sondern auf das Ausland

angewiesen, so dass er sich die Frage stelle, warum gerade in der Landwirtschaft die Eigenversorgung im Vordergrund stehe.

### Grundsätzliche Betrachtungsweise

Bevor Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille auf die Grundzüge der Vorlage und auf die einzelnen Voten einging, setzte sich FBP-Fraktions-sprecher Dr. Alois Ospelt mit den grundsätzlichen Aspekten der Landwirtschafts- und Bodenpolitik auseinander. Ausgehend vom quantitativen Landverschleiss wies er auf die damit zusammenhängende ökologische Bedrohung hin und malte auch die «Horror-Vision» eines Stadtstaates Liechtenstein an die Wand. Dem leichtfertigen Kulturverlust müsse Einhalt geboten werden, betonte er und sprach sich für entschlossenes Handeln aus. Die Landwirtschaftszone, wie sie die Regierung vorgeschlagen habe, stelle nur ein Minimum dar und sei im übergeordneten Interesse vertretbar.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille unterstrich die Vielfalt von Interessen am Boden, der aber nicht nur Spekulationsobjekt sei, sondern auch Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen und deshalb geschützt werden müsse. Der Gesetzgeber muss nach seinen Worten weiter vorausschauen als nur für eine Generation.

## VU lehnt Minderheitenschutz in der Verfassung ab

Beide Volksinitiativen werden zur Volksabstimmung kommen

(G.M.) – Keine Annäherung in den Standpunkten der beiden Parteien ergab sich am Donnerstag bei der Behandlung der von FBP und VU eingereichten Volksinitiativen in bezug auf parlamentarische Untersuchungskommissionen. Die VU-Fraktion lehnte den von der FBP geforderten Minderheitenschutz ab. Beide Vorlagen gehen nun zur Volksabstimmung.

FBP-Fraktions-sprecher Dr. Alois Ospelt begründete den FBP-Vorschlag mit dem Hinweis, dass parlamentarische Untersuchungskommissionen schon bisher bestellt werden konnten, jedoch nicht auf Verlangen einer Minderheit. Er unterstrich, dass dem FBP-Verfassungsvorschlag die Absicht zugrundeliege, «das auf die öffentliche Kontrolle gerichtete Untersuchungsrecht als wirksames Minderheitenrecht auszugestalten, damit die Minderheit im Landtag ihrer Kontrollfunktion gerecht werden kann.»

Ferner führte der FBP-Fraktions-sprecher aus, dass für die FBP von Anfang an ausser Zweifel gestanden habe, dass nach den geltenden Verfassungsbestimmungen die Justizverwaltung in der Staatsverwaltung inbegriffen sei. Die VU möchte mit ihrem Vorschlag den Zusatz «unter Einschluss der Justizverwaltung» verankern. Nach Auffassung der FBP-Fraktion kann der

Sektor der Justiz nach systematischen Erwägungen nicht von parlamentarischer Kontrolle frei sein, sondern nur so weit, als die Unabhängigkeitsgarantie trage.

Demgegenüber führte der VU-Fraktions-sprecher aus, dass der von der FBP geforderte Minderheitenschutz dem «demokratischen Mehrheitsprinzip» widerspreche. Eine demokratische Ordnung ist nach seiner Auffassung auf das Mehrheitsprinzip angewiesen, um den ordentlichen Gang der Geschäfte im Interesse des Staates zu gewährleisten. Ausserdem sei der FBP-Vorschlag zur Einsetzung einer Untersuchungskommission überflüssig, da er dafür keine Lösung bringe.

Die Abstimmung ergab 12 Stimmen für die FBP-Initiative und 16 Stimmen für die VU-Initiative. Beide werden der Volksabstimmung vorgelegt.

Die Fraktionserklärungen können Sie im Innern der heutigen Ausgabe lesen.

## Auch Zahnstellungsanomalien werden künftig subventioniert

Landtag befürwortet Änderung des Gesetzes über die Schulzahnpflege – Unterschiedliche Meinungen über die Höhe des Subventionssatzes

(mö) – Im Rahmen der Schulzahnpflege werden künftig der Staat und die Gemeinden nicht nur bei Kariesschäden einen Teil der Zahnarztbehandlungskosten übernehmen, sondern auch einen Beitrag für notwendige Korrekturen von Zahnstellungsanomalien leisten. Ein entsprechender Vorschlag der Regierung zur Änderung des Gesetzes über die Schulzahnpflege stiess am Mittwoch im Landtag während der Eintretensdebatte durchwegs auf Zustimmung. Gegensätzliche Meinungen vertraten einige Abgeordnete lediglich bei der Festsetzung des Subventionssatzes. Aufgrund einer Intervention des Zahnärzterverbandes hat die Regierung eine Herabsetzung des bisherigen Subventionssatzes von 75 auf 50 Prozent vorgeschlagen, der jedoch sowohl Karies- wie Zahnstellungsbehandlungen umfassen soll.

Nach Auffassung des FBP-Abgeordneten Dr. Dieter Walch kann eine Unterstellung der Korrektur von Zahnstellungsanomalien unter die Schulzahnpflege

ge guten Gewissens verantwortet werden, nachdem eine eindeutige Reduktion der Karies erreicht worden sei. Der Einbezug von kieferorthopädischen Massnahmen werde jedoch eine massive Erhöhung der Schulzahnpflegekosten nach sich ziehen.

Laut Regierungsrat Dr. Peter Wolff liegen diesbezüglich «keine sinnvollen Zahlenangaben» vor, doch könne der jährliche Aufwand bis zu einer Mio. Franken reichen. Demgegenüber berief sich der Abgeordnete Dr. Walch auf Schätzungen eines Fachgremiums, das eine mögliche Obergrenze von drei Mio. Franken genannt hatte.

### Überprüfung der Schulzahnärztetarie

Für Liechtenstein käme, so der Abgeordnete Dr. Dieter Walch in der Eintretensdebatte, auch eine erweiterte Interpretation der IV-Gesetzgebung in Frage.

Dadurch könnten insbesondere die langwierigen und kostenintensiveren Zahnstellungsbehandlungen zu 100 Prozent

mit der Invalidenversicherung abgerechnet werden. Angesichts der erwarteten Kostensteigerung sprach sich der FBP-Abgeordnete auch für eine gezielte Überprüfung der gegenwärtig gültigen Schulzahnärztetarie aus, wie dies z. B. zur Zeit mit den insgesamt deutlich niedrigeren Krankenkassentariifen der liechtensteinischen Ärzte geschehe. Um die gegenwärtig herrschende Rechtsunsicherheit einfach und unbürokratisch aus dem Weg zu räumen, sollte nach Auffassung von Dr. Walch in der neuen Verordnung eindeutig festgehalten werden, dass alle seit dem Schuljahresbeginn 1989/90 getroffenen zahnärztlichen und kieferorthopädischen Massnahmen unter diese Gesetzgebung fallen.

### Abstufung des Subventionssatzes?

Die Möglichkeit einer Abstufung des Subventionssatzes brachten die VU-Abgeordneten Manfred Biedermann und Oswald Kranz zur Sprache, während der stellvertretende VU-Abgeordnete Xaver Schädler für den Einbezug aller Zahnstel-

lungskorrekturen bei einer Reduzierung des Beitragssatzes auf 40 Prozent plädierte. Dr. Helmut Matt (VU) fasste eine nach dem Einkommen der Eltern gestaffelte Auszahlung ins Auge, die nach Meinung von Dr. Dieter Walch jedoch insofern problematisch wäre, als die Schulzahnpflege-Kommission dann als «Steuerschnüffler» wirken würde. Für den Landtagsvizepräsidenten Josef Biedermann ist der Regierungsvorschlag ein gangbarer Weg. Man müsse jetzt die nötigen Erfahrungen sammeln, um eventuell zu einem späteren Zeitpunkt die Subventionssätze korrigieren zu können. Auf jeden Fall sollten Härtefälle, die in einer Familie auftauchen könnten, in ausreichendem Masse berücksichtigt werden.

## Auf frischer Tat gefasst

(pafl) – In den frühen Morgenstunden des 28. September 1989 gelang der Polizei die Festnahme eines Einbrechers auf frischer Tat. Beim Festgenommenen handelt es sich um einen jungen Liechtensteiner, der gewaltsam in das Lokal Life-Pub in Schaan eingedrungen war und mit mitgebrachten Werkzeugen einen Kleintresor zu öffnen versuchte. Durch den Hinweis eines aufmerksamen Anwohners konnte der Täter noch im Objekt angehalten und gestellt werden.

In der gleichen Nacht musste auch ein Einbruch in ein weiteres, in der Nähe gelegenes Gastlokal registriert werden. Derzeit laufen Ermittlungen bezüglich eines Zusammenhangs der beiden Einbrüche.



**CITY-OPTIK**  
ALLES FÜR IHRE AUGEN

City Optik AG  
FL-9490 Vaduz · Aulestrasse 74  
Telefon 075 / 281 88

## Luftstreitkräfte als Verhandlungsthema

Wien (spk/dpa) Die Warschauer-Pakt-Länder haben am Donnerstag bei den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) in Wien einen Vorschlag bezüglich der Luftstreitkräfte unterbreitet, der den Vorstellungen des Westens entgegenkommt. Damit ist das beidseitig gesetzte Ziel, bis Mitte 1990 ein erstes Abkommen zu unterzeichnen, in greifbare Nähe gerückt.

Der Warschauer Pakt sieht als Obergrenze bei Kampfflugzeugen für die beiden Militärblocke je 4700 Einheiten vor. Die NATO hat jüngst 5700 Flugzeuge vorgeschlagen. Bei den Kampfhelikoptern soll gemäss östlichem Vorschlag die Zahl von 1900 nicht überschritten werden. Das entspricht auch den Vorstellungen des Westens.

DDR-Delegationschef Klaus-Dieter Ernst sagte bei der Präsentation des Vorschlages, dieser solle helfen, «ein erhebliches Hindernis für schnelle Fortschritte unserer Verhandlungen aus dem Weg zu räumen».

## CH-Strassenbau wird nicht gebremst

Bern (AP) In der Schweiz soll weder der Strassenbau eingestellt noch der seit dem April 1986 gebaute Teil des Strassenetzes stillgelegt werden. Der Nationalrat hat am Donnerstag mit 122 gegen 33 Stimmen die Volksinitiative der Poch «Stopp dem Beton – für eine Begrenzung des Strassenbaus!» verworfen. Auch ein Gegenvorschlag, der die Frist für die Stilllegung des Strassenbaus auf den Tag nach der Abstimmung verschieben wollte, scheiterte mit 115 gegen 47 Stimmen.

Die Initiative war am 25. Februar 1986 von einem Ad-hoc-Komitee vorwiegend aus Kreisen um die Progressiven Organisationen der Schweiz (Poch) mit 111 277 Unterschriften eingereicht worden. Sie verlangt, dass das Strassennetz – wie es sich am 30. April 1986 präsentierte – «eingefroren» werden müsste. Rückgängig gemacht werden müsste vor allem der Autobahnbau.

## Supermächte mit neuem Schwung

Genf (spk/dpa) Beflügelt von neuem Elan gehen die USA und die UdSSR in Genf in die 12. Runde ihrer Verhandlungen über eine Halbierung der Zahl der weitreichenden Atomwaffen (Start). Ziel ist der Abschluss der seit 1982 laufenden Gespräche bis zum «Gipfel» Bush – Gorbatschow, der im ersten Halbjahr 1990 stattfinden soll.

Am Donnerstag fand in Genf ein Treffen von Experten zur Beratung organisatorischer Fragen statt. Die beiden Chef-Unterhändler, Richard Burt und Juri Nasarkin, werden heute Freitag zusammenkommen. Die erste Plenarsitzung der Delegationen ist für nächsten Montag angesetzt.

Nasarkin erklärte vor der Presse in Genf, der Dialog zwischen den Supermächten habe nach dem jüngsten Treffen der Außenminister «eine neue Stufe» erreicht. Habe bis jetzt nur «gegenseitiges Verständnis» geherrscht, so sei man nun in eine «Phase des gemeinsamen Handelns» eingetreten.